

Vom Wenden der Energie zum Abstieg des Landes

geschrieben von Admin | 4. Januar 2024

Das neue Jahr bringt viele Fragen. Vieles wird teurer, wenig besser. Macht der Ansatz, Energie wenden zu wollen, Sinn? Gibt es neben der CO2-Vermeidung um jeden Preis noch andere Ziele? Wie man es auch sieht, es bräuchte zunächst Personal, das weiß, worum es geht und Realitäten zur Kenntnis nimmt.

Von Frank Hennig

Ein Blick in den Rückspiegel ist zwangsläufig immer nur kurz. Auch in diesem Beitrag geht es nur um einige Aspekte der inzwischen offen als Desaster sich zeigenden deutschen Energiewende. Vieles ist gesagt und bekannt, hat sich in der Vorausschau als treffend herausgestellt im Gegensatz zu manchen regierungsamtlichen Verschwörungstheorien. Deshalb nur der Spot auf einige Fakten, die zum Jahreswechsel besonders ins Auge fallen.

Zu Beginn des Jahres 2024 stellen sich mehr Fragen als noch vor einem Jahr. Die aktuelle Versorgungslage ist sicher, aber die Verwerfungen im System nehmen immer größere Ausmaße an. Ein Zeichen der Dysfunktionalität sind die negativen Preise an der Strombörse, Folge des uneingeschränkten Einspeisevorrangs für „Erneuerbare“ in Deutschland, eine Perversion der Marktwirtschaft und teuer für die Stromkunden hier. Günstig für die ausländischen Importeure, die diesen Strom abnehmen, dazu Geld bekommen und ihn dann im eigenen Land verkaufen. Selbst wenn sie ihn nicht absetzen können, besteht die Möglichkeit, ihn zu entsorgen (zu verschwenden), es wird bezahlt. Soviel zum finanziellen Anreiz und möglichen ökologischen Folgen.

Treffen windreiche Zeiten auf einen europaweit niedrigen Bedarf, wie eben zur Weihnachtszeit, wird unsere Zufallsenergie am Markt besonders negativ und für uns teuer. Für 36 Stunden am Stück (vom 24.12., 01:00 bis 25.12., 12:00) blieben die Preise negativ, ein neuer Rekord. Insgesamt gab es in 2023 etwa 300 Stunden mit negativen Börsenpreisen. Das ist dann der vielzitierte „Überschussstrom“, mit dem Elektrolyseure betrieben werden sollen. Für diese Betriebsstundenzahl rechnet sich allerdings kein solches Gerät. Sicher kann man noch einige hundert Stunden sehr niedriger Preise nutzen. Tatsache aber bleibt: Niemand investiert privat und auf eigenes Risiko in grünen Wasserstoff. Ohne Steuergeld läuft auch hier nichts.

Mit dem weiteren Ausbau der „Erneuerbaren“ wird sich die Netz-Situation zuspitzen. Zum einen nutzen wir zunehmend das Ausland zur Ausregelung des Netzes, gewissermaßen als virtuellen Speicher, zum anderen erreicht

die gesamte Stromproduktion aus Wind und Solar eine Dimension, die den deutschen Bedarf überschreitet. Sollte hier das regionale Netz überlastet sein oder der Export nicht gelingen, setzt eine Kannibalisierung ein, die die Frage aufwirft, ob nun zuerst die Wind- oder die Solarstromerzeugung abgeschaltet werden wird – bei entsprechender Entschädigung.

Steuern und Regeln

„Auf jedem Schiff, das dampft und segelt, gibt’s einen, der die Sache regelt“ sprach seinerzeit Guido Westerwelle und meinte damit natürlich sich selbst. Die Netzregelung gelingt inzwischen nur noch über permanente ad-hoc-Eingriffe der Netzbetreiber. Den Mitarbeitern dort gebührt allerhöchste Anerkennung, sie bügeln aus, was fehlgeleitete Energiepolitik eingebrockt hat. Schon lange gibt es keinen planmäßigen Netzbetrieb mehr, er ist operativ und damit teuer geworden. Schlagen im Jahr 2022 noch 12.705 Redispatchmaßnahmen zu Buche, waren es 2023 schon 15.1852. Das sind über 40 Eingriffe am Tag, knapp zwei pro Stunde.

Wie weit künftig die Schwankungen der Einspeisung von Naturenergie durch ein permanent weiter geschwächtes regelbares System kompensiert werden können, ist eine spannende Frage. Die Kosten für diese Eingriffe sind von 2018 bis 2022 exponentiell auf 3,26 Milliarden Euro gestiegen. In Frankreich fällt für diese Systemkosten ein niedriger zweistelliger Millionenbetrag an. Bei uns kommen die Kosten für nicht abgenommenen Strom der „Erneuerbaren“, den so genannten Phantomstrom, noch hinzu, was allein in 2022 etwa 900 Millionen Euro ausmachte.

Nötig wäre eine breite öffentliche Diskussion über das fast vollständige Versagen von Wind- und Solarenergie in Fragen der Versorgungssicherheit. Wir sind Zeugen eines Experiments, das nicht im Labor, sondern mit dem ganzen Land durchgeführt wird.

Unfug am Laufenden Band

Im politischen Raum wird viel Unsinn erzählt, das Jahr 2023 hält einige besondere Perlen bereit. Strom und Wärme hätten nichts miteinander zu tun, verlautbarte man. Nun heißt es, wir brauchen Gaskraftwerke, wobei Erdgas essentiell für unseren Wärmebedarf ist. Erkennbar verursacht wurde diese Aussage durch das Bestreben, die damals noch laufende Kernkraft aus der Diskussion herauszuhalten, weil man mit ihr ja nicht heizen könne (womit laufen eigentlich die Wärmepumpen?).

Dann gab es die wiederholte Mär vom „verstopfenden“ Strom aus Kernkraftwerken (KKW). Heute wissen wir: Nur der Strom aus deutschen KKW verstopft die Netze, nicht der aus französischen. Dann gab es die Ansage, nach dem Abschalten der KKW würde der Strom billiger, weil die „Erneuerbaren“ quasi nichts kosten. Das Narrativ von kostenloser Wind-

und Sonnenenergie ohne Rechnung hält sich wacker und ist nach wie vor falsch, entscheidend sind die Wandlungskosten. Die Strompreise werden weiter steigen, getrieben von den Netzentgelten, die durch Netzausbau und Redispatch weiter steigen werden. Das ist das Resultat des massenhaften Ausbaus von Zufallsenergieerzeugern.

Dann hieß es vom zuständigen Vetterwirtschaftsminister, die KKW in der Ukraine könnten selbstverständlich weiterbetrieben werden, sie seien ja nun mal da. Das galt natürlich nicht für Deutschland, wo dies, obwohl kein Kriegsgebiet, zu gefährlich sei. Die Ukraine fragt übrigens nicht nach deutschen Windkraftanlagen, sondern bestellt bei Westinghouse KKW-Blöcke.

Aber nicht nur von grüner Seite wird Unsinn verbreitet. Kanzler Scholz erwartete noch im März 2023 ein neues „Wirtschaftswunder“ wie in den 50er und 60er Jahren wegen hoher Investitionen in den Klimaschutz. Das entbehrte schon damals jeglicher Grundlage, denn globale Konkurrenten haben diese Zusatzkosten nicht. Aktuelle Meldungen aus der Wirtschaft dringen offenbar nicht bis ins Kanzleramt vor.

Nun gehen die merkwürdigen Verkündigungen weiter. Klaus Müller, der grüne Chef der Bundesnetzagentur, sagt, die Zeit billiger Energie sei vorbei. Haben wir da etwas verpasst? Wann war Energie in Deutschland billig? Dazu müsste man in die Zeit vor 2000 zurückblicken. Der Zeitraum 1998-2000 war durch fallende Strompreise gekennzeichnet, weil nach der EU-Liberalisierung des Strommarktes unter dem Aspekt von Angebot und Nachfrage und unter einer neuen bisher unbekanntenen Konkurrenzsituation rationalisiert werden musste. Seit dem Inkrafttreten des EEG geht es für die Kunden preislich nur bergauf.

Ahnungslosigkeit und ideologiegetriebene Fehleinschätzungen sind allerdings kein Privileg von SPD und Grünen. Auch eine besondere Fachkraft der jüngeren Vergangenheit war den Realitäten völlig entrückt. Der damalige Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) im Jahr 20203:

„Die Deutsche Energiewende hat inzwischen Nachahmer gefunden, viel mehr als wir eigentlich glauben. Und diese Nachahmer sind deshalb so eifrig bei der Sache, weil sie sagen, von den Deutschen lernen heißt: Wenig Arbeitslosigkeit, viel Wirtschaftswachstum, gute Löhne, gute Einkommen und gleichzeitig saubere Energie und Klimaschutz.“

Das war schon damals falsch. Es gibt keinen einzigen Nachahmer der deutschen Energiewende, dieses Sonderwegs, der ein Irrweg ist. Trotzdem musste sich Altmaier seinerzeit vom krawallgrünen Trittin als „Abrissbirne der Energiewende“ bezeichnen lassen.

Nun scheitert auch eine so genannte Kraftwerksstrategie des Klimaministeriums. Zähneknirschend muss man sich den Realitäten beugen und Kohlekraftwerke wohl

länger laufen lassen. Aber hier stehen die echten Abrissbirnen vor der Tür, denn alle Kohlekraftwerke kennen inzwischen ihren Stilllegungstermin und so werden die Anlagen auch behandelt. Sie werden auf Verschleiß gefahren und das Personal wandert ab. Von Jahr zu Jahr die Betriebszeit zu verlängern, wie es dem Ministerium anscheinend als Notvariante vorschwebt, wird nicht gelingen. Die Braunkohleverstromung endet mit den Tagebauen und die Steinkohlekraftwerke werden sich technisch verschlissen von selbst verabschieden. Neue Gaskraftwerke werden wir bis dahin kaum haben. Dann ist aus die Maus, Schicht im Schacht oder Ende Gelände.

Es geht ans Eingemachte

Altmaier wie auch Trittin haben betreffs ihrer Altersversorgung nichts zu befürchten. Anders als eine Mehrheit der Bevölkerung. Es geht ab 2024 in die Keller, wo nicht nur das Eingemachte, sondern auch die Heizungen stehen. Ein übergriffiger Staat dringt in die Privatsphäre ein unter dem Vorwand, das globale Klima retten zu müssen. Dabei ist eine Emissionssenkung selbst bei idealer Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) kaum zu erwarten. Da auch künftig Wärmepumpen teilweise mit Strom aus Gas und Kohle betrieben werden müssen, kann der Effekt am Ende sogar negativ sein. Wärmepumpen laufen vor allem im Winter, wo der Solarstrom eher vernachlässigbar ist, zudem wird Strom knapper und teurer. War früher die eigene Immobilie eine Form von Sicherheit fürs Alter, wird sie jetzt zum Risiko im Alter.

Eine Politikänderung ist nicht zu erwarten solange die Grünen an der Macht sind. Sie werden auch keine grundsätzlichen Kompromisse eingehen. Sandra Detzer, Landeschefin der Grünen in Baden-Württemberg, in der *WELT* im November 2021:

„Wo wir Grünen an die Schalthebel der Macht kommen, werden wir nicht mehr verhandeln.“

Mit dem neuen Jahr ist eine neue Bescheidenheit angesagt, Teile der Bevölkerung werden in Armut geraten. Aber Armut ist ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz, denn der Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ sinkt dadurch. Armut ist sicher nicht das Ziel der Regierung, sie ist aber Folge ihrer Politik. Wer Wind- und Solarenergie zum Endstadium der Stromerzeugungstechnologien erklärt, darf sich nicht wundern, wenn die Natur nicht stets zu Diensten ist und so Mangel entsteht, der die Preise treibt. Den Begriff des Schwellenlandes wendet man auf Staaten an, die vom Entwicklungsland zum entwickelten oder Industrieland werden. Es gibt noch keinen Begriff für Länder, die diese Schwelle rückwärts überschreiten. Er könnte künftig auf uns zutreffen.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

